

Kulturelles Rahmenprogramm zum Augsburger Hohen Friedensfest vom 18. Juli bis 8. August

Krieger eröffnen das Augsburger Friedensfest

Nicole Deitelhoff und Carlo Masala kommen in den Goldenen Saal

| | |
|---|---|
| Die Friedensforscherin plädiert für eine weitere Eskalation des Krieges..... | 2 |
| Deutsche Militärstrategen gegen eine Beendigung des Ukrainekriegs durch Verhandlungen | 3 |
| Eine „neue europäische Friedensordnung“ – was kommt da auf uns zu?..... | 4 |
| Masala, ein erklärter Freund der Atomwaffe..... | 5 |

Zur Eröffnung des kulturellen Rahmenprogramms zum Augsburger Hohen Friedensfest am 18. Juli hat die Stadt Nicole Deitelhoff und Carlo Masala um 19 Uhr in den Goldenen Saal des Rathauses geladen. Nicole Deitelhoff ist Leiterin des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Das HSFK wird zum Teil über die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) gefördert, die aus dem Militärhaushalt der Bundesregierung bezahlt wird. ⁽¹⁾ Carlo Masala ist Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München. Außerdem ist er im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und berät das Bundesverteidigungsministerium als Leiter des Metis-Instituts für Strategie und Vorausschau.

Carlo Masala hat erst kürzlich wieder für Aufsehen gesorgt, als er zusammen mit anderen prominenten Strategen und Militärs eine aggressive Stellungnahme unterzeichnete, die in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. Juli veröffentlicht wurde. Es heißt auf Seite 1 der FAZ:

„Führende deutsche Fachleute für Strategie haben sich dagegen ausgesprochen, den Krieg in der Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt durch Verhandlungen zu beenden. In einem Gastbeitrag für die F.A.Z. schreiben 22 Wissenschaftler und Militärs, der Wunsch nach einem baldigen Waffenstillstand und einer politischen Beilegung des Konflikts sei nachvollziehbar. Derzeit bestehe für eine ‚seriöse diplomatische Lösung‘ aber kein Spielraum. Sie plädieren stattdessen für eine massive militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine. Zu den Unterzeichnern der Stellungnahme gehören die Professoren Carlo Masala, Sönke Neitzel, Joachim Krause und mehrere frühere Generäle der Bundeswehr. ...

Die Autoren plädieren dafür, ‚das Niveau und die Quantität westlicher Waffenlieferungen‘ an die Ukraine zu erhöhen, damit das Land einen Diktatfrieden abwenden könne und Zeit gewonnen werde, bis die Sanktionen wirkten.“

Ziemlich unverhohlen geht aus diesem Text hervor, dass das Kommando über den Krieg der Westen hat und die Entscheidung über Fortführung des Krieges oder Verhandlungen nicht in Händen der Ukraine liegt.

Eine ganz ähnliche Tonart schlägt Nicole Deitelhoff an, wenn sie im SWR-Gespräch von einem Krieg spricht, „den Russland uns aufgezwungen hat“ ⁽²⁾. Man beachte die Formulierung „uns“. Also die BRD ist Kriegspartei und „wir“ natürlich auch.

Die Friedensforscherin plädiert für eine weitere Eskalation des Krieges

Auch Nicole Deitelhoff hält momentan nichts von Verhandlungen und plädiert – ebenso wie auch Carlo Masala – für eine weitere Eskalation des Krieges ⁽³⁾:

„Kriegsparteien sind zu Verhandlungen bereit, wenn sie glauben, dass sie auf dem Schlachtfeld nicht mehr gewinnen können, wenn Sie sich so weit erschöpft haben, auch in den Ressourcen, die sie einsetzen können, dass sie glauben, dass eben Verhandlungen jetzt das bessere Ergebnis für sie zeitigen werden. Und das ist momentan eben nicht der Fall. Das ist auf der russischen Seite nicht der Fall, dort geht man davon aus, dass man es militärisch für sich entscheiden kann – das ist auf der ukrainischen Seite nicht der Fall, weil man merkt, dass Russland eben nicht ernsthaft verhandeln will. Das heißt, das Ziel muss es jetzt sein, die Kosten für den Waffengang so weit hochzutreiben, dass eben beide Seiten denken, dass die Verhandlungen das bessere Ergebnis erzielen werden. Da sind wir aber noch nicht.“

Nach Frau Deitelhoff geht es also darum, die Kosten für den Waffengang weiter hochzutreiben. Wie brutal diese Position ist, geht schon daraus hervor, dass diese „Kosten“ weitere tausende von Toten, vor allem Soldaten auf ukrainischer Seite, bedeuten und zehntausende von Verletzten. Für den Fall, dass es doch zu unerwünschten Friedensverhandlungen kommt, zeichnet Deitelhoff schon einen Ausweg vor. Sie behauptet einfach, Russland werde sich nicht an die Waffenstillstandsvereinbarungen halten. Dabei ist es doch der Westen, der mit der Osterweiterung der NATO alle Vereinbarungen gebrochen hat:

„Wie lässt sich so ein Konflikt lösen? ... Es gibt ja im Grunde so zwei grobe Strategien: Auf der einen Seite weitere Waffenlieferungen an die Ukraine und auf der anderen Seite der Appell, einen Waffenstillstand zu erreichen, um Frieden zu verhandeln, möglicherweise mit Verzicht auf Territorien. Wo positionieren Sie sich als Konfliktforscherin, sie hatten es vorhin schon einmal angedeutet?“

Ja, ich glaube, wir haben momentan einfach eine Situation, in der Waffenstillstandsverhandlungen einfach nicht auf dem Tisch liegen. Weil eben eine Seite, und das ist die russische Seite, kein Interesse daran hat, und die andere Seite wiederum deswegen keine Waffenstillstandsverhandlungen will, weil sie nicht davon ausgeht, dass der Gegner sich daran hält. Und sie hat recht damit. Also nach allem, was wir gegenwärtig und in den vergangenen Wochen gesehen haben, ist nicht damit zu rechnen, dass Russland bereit ist, Waffenstillstandsvereinbarungen einzuhalten. Also man kann sich vorstellen, dass sie die Waffen schweigen lassen, aber man kann sich nicht vorstellen, dass sie sich dann dauerhaft daran hält. Das heißt, momentan glaube ich nicht, dass wir zu Friedensverhandlungen kommen können.“

Frau Deitelhoff geht aber noch weiter. Ihrer Ansicht nach müsse man soweit eskalieren, bis Putin stürzt. „Ein Russland nach Putin“ müsse „das Ziel aller gegenwärtigen Politik sein“:

„Wenn sich dieser Konflikt, der Krieg, noch weiter in die Länge zieht, da gibt's dann auch wiederum Appelle. Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger ist Vertreter dieser Linie. Er sagte, der Westen solle nicht länger das Ziel verfolgen, den Russen eine vernichtende Niederlage in der Ukraine zuzufügen. Eine solche Strategie hätte desaströse Folgen für eine langfristige Stabilität Europas, weil Russland eben ein struktureller Teil der Sicherheitsarchitektur auf dem Kontinent sei. Wie blicken Sie darauf?“

Ich glaube, den hinteren Teil dieser Aussage würde ich unterschreiben. Also Russland ist ein ganz wichtiger Teil einer europäischen Sicherheitsordnung, nur den ersten Teil würde ich nicht unterschreiben. Also mit diesem Russland, ein Russland unter Putins Führung, sehe ich momentan keinerlei Chancen, dass wir eine europäische Sicherheitsordnung neu aufbauen könnten. Es geht, wenn wir über eine zukünftige Ordnung sprechen, um ein Russland nach Putin. Und das muss auch das Ziel aller gegenwärtigen Politik sein ...“

Frau Deitelhoff kommt in besagtem Interview mit dem SWR auch zu der Feststellung „Frieden schaffen ohne Waffen, das hat nie gestimmt ...“. Zu diesem berauschenden Ergebnis kommt also die deutsche Friedens- und Konfliktforschung.

Deutsche Militärstrategen gegen eine Beendigung des Ukrainekriegs durch Verhandlungen

Wie am Anfang des Artikels schon erwähnt, haben sich führende deutsche Militärstrategen gegen ein Ende des Ukrainekriegs durch Verhandlungen ausgesprochen, unter ihnen auch Carlo Masala. Auf Seite 8 der FAZ vom 14. Juli – und scheinbar nur dort – findet sich die gesamte Erklärung, einschließlich Unterzeichner, hinter einer Paywall. ⁽⁴⁾ Für ein einfaches Lesepublikum ist die Erklärung wohl nicht gedacht. In der Erklärung wird Russland zu einer martialischen Gefahr nicht nur für Nachbarstaaten, sondern für die gesamte NATO und die EU:

„Der durch Russland ausgelöste Krieg bedeutet eine fundamentale Bedrohung der europäischen Sicherheit. Der Misserfolg der russischen Truppen verschafft aber der westlichen Politik Möglichkeiten der Einflussnahme auf die weitere Entwicklung, die nicht vertan werden dürfen.

In unserer Lageeinschätzung gehen wir davon aus, dass der Angriffskrieg Russlands mehrere Jahre systematisch geplant und vorbereitet worden war. Auslöser der russischen Aggressionspolitik war der Wunsch nach Festigung der Herrschaft einer kleptokratischen Nomenklatur. Aber die westliche Staatengemeinschaft ist konfrontiert mit dem Wiederaufleben eines großrussischen Imperialismus, der auf die militärische Unterwerfung von Nachbarstaaten und die Zerstörung westlicher Gesellschaften, demokratischer politischer Systeme und internationaler Institutionen (NATO, EU) abzielt. Russlands Vorgehen stellt den ordnungspolitischen Gegenentwurf zur Europäischen Union dar, ...“

Die Autoren entwickeln in sechs Punkten eine Gegenstrategie. *Erstens* bliebe der westlichen Staatengemeinschaft derzeit keine andere Option, als militärisch und wirtschaftlich massiv in die Ukraine hineinzupulvern. *Zweitens* wird entgegen der Analysen von prominenten Militärexperten ⁽⁵⁾ von einer „russischen Schwäche“ gesprochen, die durch strikte Aufrechterhaltung westlicher Sanktionen verlängert werden könne. Dies betreffe vor allem Exporte von Technologien und Materialien, die für die Rüstungsindustrie Russlands bedeutsam sind. *Drittens*, der Angriff Russlands zeigt, dass auch Mitglieder der NATO Objekt einer militärischen Aggression werden können. Deshalb muss der Aufbau einer Verteidigungsstrategie für den Ostseeraum (insbesondere für Polen und die baltischen Staaten) hohe Priorität haben. Die NATO hat auf ihrem letzten Gipfeltreffen entsprechende Beschlüsse gefasst, die rasch umzusetzen sind. Die Bundeswehr muss hier eine führende Rolle einnehmen. ... *Viertens*, ... Die nächsten zwei Jahre werden sehr schwierig werden, es bedarf einer politischen Einstimmung darauf und einer konzertierten Aktion aller relevanten gesellschaftlichen und politischen Kräfte, ... *Fünftens*, ... Das beinhaltet die Dekarbonisierung ihrer Wirtschaften im Sinne des Green Deals der EU, alternative Energieträger (LNG, Atomkraft) und Routen/Pipelines (EastMedPipeline, Southstream Lite, TAP, TANAP) sowie die Revitalisierung von Großprojekten wie Desertec. ... *Sechstens* wird unter Bezugnahme auf China von „einer Allianz machtvoller autoritärer Regime gesprochen“, die eine „auf der Zusammenarbeit bei der Lösung globaler Probleme beruhende internationale Ordnung beseitigen wollen“. Es wird eine Neuauflage des TTIP zwischen der EU und den USA zur Verstärkung der transatlantischen Wirtschaftszone verlangt. Auch gelte es, „die Arbeitsteilung innerhalb der NATO zu stärken. Europa muss einen größeren Anteil an der Abschreckung russischer Militärmacht übernehmen, weil die USA zunehmend im indopazifischen Raum gefragt sind.“

Eine „neue europäische Friedensordnung“ – was kommt da auf uns zu?

Der Titel der Veranstaltung mit Nicole Deitelhoff und Carlo Masala zur Eröffnung des Augsburger Friedensfestes lautet: „Frieden in Europa?! - Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die europäische Friedensordnung“.

Im Newsletter des städtischen Friedensbüros Ausgabe 07/2022 heißt es in der Einladung zur Veranstaltung: „Der Zusammenhalt Europas gilt als Voraussetzung für Wohlstand, Sicherheit, Zukunftsfähigkeit und Frieden auf dem Kontinent. Der russische Krieg gegen die Ukraine bedeutet millionenfaches Leid für die betroffenen Menschen und ein Versagen der aktuellen europäischen Friedensordnung. Doch welche Lehren sind daraus abzuleiten, welche Konsequenzen zu ziehen? Auf welcher Grundlage ist in Zukunft der Frieden in Europa zu gewährleisten?“

Die Formulierung „Der Zusammenhalt Europas“ spielt auf das Motto des diesjährigen Friedensfestes an: #Zusammenhalt. Damit wird das Motto des Friedensfestes gleich zu Beginn als Zusammenhalt Europas *gegen* Russland gemünzt. Hat sich in diesem städtischen Friedensbüro irgendjemand Gedanken gemacht, was das mit Frieden zu tun hat, wie dadurch Frieden in Europa erreicht werden kann?

In der Broschüre mit dem Kulturprogramm zum Augsburger hohen Friedensfest wird noch ergänzt: ⁽⁶⁾ „Zu diesen Fragen geben Expert*innen differenzierte Antworten und erläutern, was auf dem Weg zu einer neuen europäischen Friedensordnung zu beachten sein wird.“ Wir sollen also von Militärstrateg_innen eingestimmt werden auf eine „neue europäische Friedensordnung“.

Wenn man erfahren will, was die Referent_innen da im Auge haben, muss man zehn Euro Eintritt berappen. Wahrscheinlich nicht, weil diese es nötig hätten. Dürften sie und ihre Einrichtungen doch aus dem Staatshaushalt, auch aus dem Militäretat, reichlich ausgestattet sein. Mit den Eintrittsgeldern soll wohl eher unerwünschtes Publikum ferngehalten werden.

Wie Carlo Masala und Konsorten in ihrem Aufruf in der FAZ verdeutlicht haben, dürfte es bei einer neuen europäischen Friedensordnung auch um eine starke militärische Komponente gehen: „Europa muss einen größeren Anteil an der Abschreckung russischer Militärmacht übernehmen ...“.

Tatsächlich gibt es keine *gesamteuropäische* Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur, wie Reinhard Mutz im Handbuch Frieden feststellte ⁽⁷⁾. Es gibt auch kein europäisches Sicherheitssystem, wie Gregor Schirmer im Jahr 2015 in der jungen Welt betonte unter der Überschrift „Wieder souverän. Vor 25 Jahren begannen die Verhandlungen über den Zwei-plus-vier-Vertrag. An deren Ende stand ein wiedererstarktes, imperialistisches Deutschland“ ⁽⁸⁾:

„... *Kein europäisches Sicherheitssystem*

Wie mit einer Gebetsmühle hatten Bonner Politiker seit Abschluss des Moskauer Vertrags der Bundesrepublik mit der Sowjetunion vom 12. August 1970 den Satz heruntergeleiert, dass es das politische Ziel der BRD sei, »auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«. Mit Europa war nicht das westliche gemeint, sondern Gesamteuropa, einschließlich der entsprechenden Territorien der Sowjetunion. Ein vereintes Deutschland war nach westdeutscher Lesart nur vorstellbar und erreichbar, wenn eine europäische Friedensordnung hergestellt würde. Insofern hatte diese angeblich sogar Vorrang vor der deutschen Einheit. Erstere war als Voraussetzung für letztere gedacht. Und das Kernstück einer solchen Friedensordnung ist zweifellos ein europäisches Sicherheitssystem. Im Zwei-plus-vier-Prozess wurde dieses Bedingungsgefüge durch die brutale Durchsetzung des Vorrangs der deutschen Einheit vor der europäischen Sicherheit zerstört. Die Sowjetunion unter Gorbatschow hat sich damit abgefunden und keinerlei Forderungen und Bedingungen hinsichtlich einer gesamteuropäischen Friedensordnung mit einem funktionstüchtigen System gegenseitiger Sicherheit gestellt. Nur beiläufig ist in der Präambel des Vertrags von europäischer Sicherheit die Rede. Mit der vielgerühmten Charta von Paris, die am 24. November 1990 unterzeichnet wurde, wird ein solches

System weder begründet noch anvisiert. Es besteht bis heute nicht. Ein letzter russischer Vorschlag von 2009 für ein entsprechendes Abkommen über europäische Sicherheit wurde vom Westen kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht.

Neue Machtstellung

Die Rüstungsbegrenzungen für das imperialistische Deutschland im Zwei-plus-vier-Vertrag gehen nicht über Verpflichtungen hinaus, die viele Staaten dieser Welt freiwillig übernommen haben. ...“

Die vertragswidrige und brandgefährliche NATO-Osterweiterung bedeutete auch, dass die „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und der Russischen Föderation“ außer Kraft gesetzt wurde. Professor Anton Latzo schreibt dazu im aktuellen Rotfuchs (?):

„Die am 27. Mai 1997 unterzeichnete ‚Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und Russland‘ sollte eigentlich, gemeinsam mit der zehn Jahre später vereinbarten Erklärung von Rom, ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Russland und der NATO aufschlagen. Beide Seiten übernahmen die gemeinsame Verpflichtung, Sicherheit auf der Grundlage der Respektierung der Interessen des jeweils anderen zu garantieren, das gegenseitige Vertrauen zu stärken, eine euro-atlantische Spaltung zu vermeiden und Trennlinien zu beseitigen. dass es nicht zur Umsetzung der vereinbarten Schritte kam, lag nicht daran, dass es keinen Gesprächsbedarf gegeben hätte, sondern am fehlenden politischen Willen Washingtons. Die USA und die anderen NATO-Mächte hofften, für Russland die Erweiterung der NATO nach Osteuropa mit der Grundakte zu versüßen, was man Russlands Präsidenten Boris Jelzin ja auch einreden konnte. Er erlaubte Bill Clinton, sowohl die Forderung Russlands nach bindenden Beschränkungen für die Errichtung einer NATO-Sicherheitsinfrastruktur in den neuen Mitgliedsländern zu ignorieren als auch das Verlangen Russlands abzulehnen, ein russisches Veto gegen eine zukünftige Expansionsrunde auch in die ehemaligen Sowjetrepubliken, ‚insbesondere die Ukraine‘, in das Abkommen einzufügen. Rückblickend wird deutlich, dass die USA schon in den 90er Jahren kein wirkliches Einvernehmen unter gleichberechtigten Verhandlungspartnern suchte. Sie sperrte sich permanent gegen die Schaffung einer neuen Friedensordnung, die auf kollektiver Sicherheit und einer gesamteuropäischen Lösung auf der Grundlage der Erfahrungen der KSZE beruhen sollte. Den USA ging es um eine ‚NATO-Lösung‘, welche die fortwährende US-Militärpräsenz in Europa sichert – eine für die Vereinigten Staaten entscheidende Voraussetzung zur Verwirklichung ihrer letztlich eurasischen Ziele. Diese gehören zu den wahren Ursachen der Auseinandersetzungen in der Ukraine. Die Osterweiterung der NATO ist weder zeitlich noch räumlich begrenzt. Für die USA und deren NATO-Verbündete ist der Krieg in der Ukraine lediglich eine ‚Zwischenstation‘ auf dem Weg dorthin.“

Diese wenigen Anmerkungen sollen vorerst genügen, klarzumachen, dass genau diejenigen, die ein europäisches Sicherheitssystem beziehungsweise eine europäische Friedensordnung systematisch hintertrieben haben, jetzt noch einen Schritt weitergehen wollen und auf eine „neue europäische Friedensordnung“ abzielen. Das kann nichts Gutes bedeuten.

Masala, ein erklärter Freund der Atomwaffe

Zum Schluss sei noch bemerkt, dass Carlo Masala die Atomwaffen-Technologie für „attraktiv“ hält und ein Verbot aller Nuklearwaffen beziehungsweise ihre Abschaffung direkt für „gefährlich“. Nuklearwaffen würden Sicherheit bieten, ja stellten sogar ein „absolutes Maß an Sicherheit dar“⁽¹⁰⁾. Einen solchen Menschen lädt die Augsburger Stadtverwaltung zur Eröffnung des Friedensfestes ein, während zwei Wochen später der Ordnungsreferent bei der Friedenstafel am Helmut-Haller-Platz in Oberhausen die Flagge von Mayors for Peace hissen will. Herr Pintsch wird also mit dem Hissen der Flagge genau das demonstrieren, was Herr Masala verhindern will – nämlich eine atomwaffenfreie Welt. Wirklich ernst scheint es der Stadt aber mit diesem Ziel nicht zu sein. In einem langen Interview mit der Augsburger Allgemeinen (15. Juli) erwähnt die Leiterin des städtischen Friedensbüros Mayors for Peace nicht einmal.

Genauso skandalös ist, dass sich die Augsburger Linke und speziell auch ihre Stadträt_innen vor einer Stellungnahme gegen den Auftritt von Masala und Deitelhoff drücken, obwohl sie daran erinnert wurden. Das Gleiche gilt für die Augsburger Friedensinitiative (AFI). Somit hat die schwarz-grün geführte Stadtregierung eigentlich freie Hand, das Augsburger Friedensfest für eine konträre Propaganda zu missbrauchen. Die Augsburger Rüstungsindustrie expandiert sowieso. Und die Straßenbahnen kurven im Militärlook herum und werben mit flotten Sprüchen für die Armee. Alles in Butter also – in der „Friedensstadt“.

Peter Feininger, 17. Juli 2022

¹ Die „Deutsche Stiftung Friedensforschung“ (DSF) wird aus dem Militärhaushalt der Bundesregierung bezahlt und vermittelt für genehme Projekte mehrerer Wissenschaftsinstitute Staatsgelder. Von der Militärfinanzierung profitiert unter anderem die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Weitere Gelder der DSF, die mehrheitlich aus dem Bundesbildungsministerium fließen, gehen an Einrichtungen in Hamburg und Marburg. Nach eigener Aussage will die DSF der deutschen Außenpolitik Möglichkeiten der „Intervention“ im Fall von „ethnischen Konflikten“ aufzeigen.

Renommiertere wissenschaftliche Einrichtungen wie das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg hängen am finanziellen Tropfen der DSF, da sie auf deren Fördermittel angewiesen sind.

Aus: German Foreign Policy. „Orwellischer Friede“, 4. März 2005.

² „Prof. Nicole Deitelhoff. Politikwissenschaftlerin und Konfliktforscherin. Ein Krieg, den Russland uns aufgezwungen hat. SWR1 Leute“. *ARD Mediathek*, 14. Juni 2022. <https://www.ardmediathek.de/video/swr1-leute/prof-nicole-deitelhoff-oder-politikwissenschaftlerin-und-konfliktforscherin-oder-ein-krieg-den-russland-uns-aufgezwungen-hat/swr1-Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvybzE2NzczNDI>.

³ Ebd.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung. „Ukrainekrieg: Strategiefachleute: Kein Spielraum für diplomatische Lösung, S. 1; Putins Politik nicht belohnen. Was die deutsche Politik angesichts des Krieges in der Ukraine jetzt tun muss. Eine Stellungnahme von Strategiefachleuten, S. 8“, 14. Juli 2022. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine-krieg-kein-spielraum-fuer-eine-diplomatische-loesung-18169942.html>.

⁵ Siehe zum Beispiel:

stern, „Brauchen nicht mehr verhandeln“: Militärexperte Vad sieht Russen militärisch im Vorteil. Die Ukraine will im Süden des Landes eine Offensive gegen die russischen Truppen starten. Brigadegeneral a. D. Erich Vad ist skeptisch, was die Siegchancen der Ukraine angeht., (13. Juli 2022). Zugegriffen: 14. Juli 2022. [Online Video]. Verfügbar unter:

<https://www.stern.de/politik/ausland/ukraine-krieg--militaerexperte-vad-sieht-russland-klar-im-vorteil--video--32538400.html>

stern, „Die halbe Welt unterstützt Russland“ – Militärexperte Thiele zum Ukraine-Krieg. Militärexperte Ralph Thiele zieht im Interview mit ntv eine ernüchternde Zwischenbilanz westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine. Er warnt vor einer überlegenen „russischen Dampfwalze“, (8. Juli 2022). Zugegriffen: 10. Juli 2022. [Online Video]. Verfügbar unter:

<https://www.stern.de/politik/ausland/-halbe-welt-unterstuetzt-russland---militaerexperte-zum-ukraine-krieg-32523082.html>

stern, „Kriegsverlauf zwingt Putin nicht an Verhandlungstisch“: stern-Experte zu kritischem Punkt im Krieg. „Der Krieg bewegt sich an einen kritischen Punkt“: stern-Militärexperte Gernot Kramper ordnet die aktuellen Entwicklungen im Ukraine-Krieg ein. Warum feiert Putin so viele Erfolge? Hat die Ukraine im Donbass noch eine Chance gegen Russlands Armee? Eine Analyse., (27. Juni 2022). Zugegriffen: 10. Juli 2022. [Online Video]. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=7obxP2cJOec>

G. E. Fuller, „Wann endlich erwacht Europa? Zeit-Fragen Nr. 14; Quelle: www.globalbridge.ch vom 23.6.2022; das englische Original wurde auf der Internetseite von Graham E. Fuller (<https://grahamefuller.com/some-hard-thoughts-about-post-ukraine/> vom 19.6.2022) veröffentlicht.“, *Zeit-Fragen*, 28. Juni 2022. Zugegriffen: 4. Juli 2022. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2022/nr-14-28-juni-2022/wann-endlich-erwacht-europa>

Baud, Jacques. „Stand der militärischen Lage in der Ukraine Anfang Juni. Der Beitrag von Jacques Baud wurde am 16. Juni vom Centre Francais de Recherche sur le Reinsegnement (French Center for Intelligence Research – CF2R) veröffentlicht https://cf2r.org/analyses/documentation/Übersetzung_Florian_Rötzer“, 27. Juni 2022. <https://overtone-magazin.de/krass-konkret/stand-der-militaerischen-lage-in-der-ukraine-anfang-juni/>.

⁶ Friedensbüro. „Kulturprogramm zum Augsburger Hohen Friedensfest 2022 #Zusammenhalt“. Friedensstadt Augsburg, Juni 2022. https://www.friedensstadt-augsburg.de/sites/default/files/downloads/AHF22_Programmheft_1.pdf.

⁷ Mutz, Reinhard (2011): Europäische Friedensordnung. In: *Handbuch Frieden*, Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hrsg.) (2011). 635 S. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien, 225–235.

⁸ Schirmer, Gregor (2015): Wieder souverän. Vor 25 Jahren begannen die Verhandlungen über den Zwei-plus-vier-Vertrag. An deren Ende stand ein wiedererstarktes, imperialistisches Deutschland. In: *junge Welt*, 5. Mai 2015. Text abrufbar unter: <https://www.jungewelt.de/artikel/260491.wieder-souverän.html> (Zugriff am 17.7.2022).

⁹ Latzo, Anton. „Grundakte NATO – Russland“. *RotFuchs* 294 (Juli 2022): S. 6. <http://www.rotfuchs.net/files/rotfuchs-ausgaben-pdf/2022/RF-294-07-22.pdf>.

¹⁰ Carlo Masala. „Abschreckung statt Kriege: Warum Nuklearwaffen heute wichtiger sind denn je“. *FOCUS Online*, 2. September 2015. http://www.focus.de/politik/experten/masala/abschreckung-statt-kriege-wie-nuklearwaffen-einen-langen-frieden-zwischen-den-grossmaechten-garantieren_id_4915817.html.